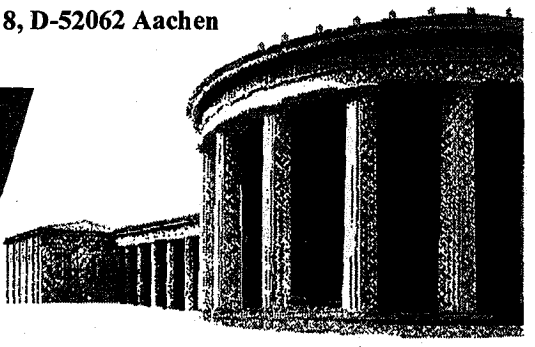
**CDU**
Kreisverband
Aachen
Mitgliederinformation
Ausgabe 109
März 1999

**CDU** – Kreisverband Aachen, Martinstraße 8, D-52062 Aachen

# CDU ...intern



Inhalt: Seite

Frau Prof. Dr. Schipanski 2
Neuwahl JU u. SU 2
Doppelte Staatsbürgerschaft 3
CDA-Mitfasten 4
Jahr 2000 5
Europa u. Aachen 6
630-DM Jobs 7
Termine 7-8
Ja zu Integration 9
KPV-Reise 10
Jürgen Rüttgers: Neuanfang ! 10

## Gegendarstellung - Richtigstellung

*In der jüngsten Ausgabe von CDU-intern ist ein Leitartikel erschienen, der im Hinblick auf Herrn Gaetan Kayitare unzutreffende Sachdarstellungen und unangemessene Formulierungen enthält. Zur Erledigung der Auseinandersetzung und in der Erwartung zum Rechtsfrieden beizutragen gibt die CDU die folgende Erklärung ab:*

*1. Herr Kayitare hat am 13.1.99 im Rahmen einer Protestveranstaltung gegen die geplante Unterschriftenaktion keine Sachbeschädigung begangen.*

*2. Herr Kayitare ist wegen des Verdachts, Sachbeschädigung begangen zu haben, nicht von der Polizei gestellt worden.*

*3. Die Behauptung, Herr Kayitare habe den Straßenkampf aus Ruanda nach Deutschland importiert und gehöre deshalb nicht hierher, nimmt die CDU zurück; sie entschuldigt sich für diese unangemessene Darstellung.*

*4. Ebenso hat die CDU Aachen Veranlassung, sich bei Herrn Kayitare für die Bildunterschrift zu entschuldigen, in der es heißt:*

*„Wir brauchen keinen Bürgerkrieg in Deutschland. Krawallmacher und Chaoten, die unseren Frieden zerstört haben, sollen umgehend in ihre Heimat zurückkehren.„*

### Unterschriftenaktion wird fortgesetzt

**Am 30.1.99 haben ca. 30 Personen an Protestaktionen (Martinstr. u. Fraktion) teilgenommen und die CDU wegen ihrer Haltung gegen generelle doppelte Staatsbürgerschaft angegriffen. Mitglieder der Senioren-Union hinderte man am Betreten der CDU-Geschäftsstelle, besprühte die Hauswand und zerstörte mit Kleber das Haustürschloß. Unter den Demonstranten war Herr Kayitare mit einem Schild: „Stoppt den Amoklauf der CDU„. Anschließend wurde auch das Fraktionsbüro besetzt und das Telefon zerstört.**

**Auf diesem Hintergrund entstand der emotional gehaltene Leitartikel, der unrichtige Unterstellungen enthielt. Dafür haben wir uns mehrfach öffentlich entschuldigt. Wir haben Fehler gemacht und stehen dazu.**

**Wir haben deshalb keine Probleme, der Forderung auf Richtigstellung und Entschuldigung nachzukommen.**

**Zur Entschuldigung für das böse Wort „Amoklauf„ war Herr Kayitare seinerseits nicht bereit. Lt. Duden steht Amoklauf für „blindwütig und sinnlos Mordender„.**

**Wir hatten uns bereit erklärt, bei Zustimmung durch Herrn K. 1000 DM an den „Verein für ausländische Mitbürger„ zu zahlen.**
**Dieses Vergleichsangebot wurde aber abgelehnt.**
**Im übrigen werden wir die Unterschriftenaktion unbeirrt weiterführen. Wir lassen uns weder durch politische Eiferer noch durch selbsternannte Hüter politischer Moral von einer sachlich begründeten und legitimen demokratischen Aktion abhalten.**
**Die Hessenwahl hat gezeigt, daß die Unionsparteien mit der Unterschriftenaktion bei der Mehrheit der Bürger Anklang gefunden hat. Denn „Ja zu Integration ...„ unterschreibt kein Rechtsradikaler.** **ki**

**Redaktionsschluß**
**Ausgabe April Nr. 110**
**15. März 1999**

Die Unterschriftenaktion
„Ja zu Integration - Nein zu doppelter, genereller Staatsbürgerschaft"
geht weiter:
Die CDU Aachen hat bisher, ohne offensiv in Fußgängerbereichen dafür zu werben, bis Redaktionsschluß über 1.500 Unterschriften in Geschäftsstelle und Fraktion entgegengenommen.

## Doppelte Staatsangehörigkeit

Vortrag von Dr. Daldrup auf der CDU-Informationsveranstaltung am 4. Februar in der AGIT

**"Für Integration, gegen generelle doppelte Staatsbürgerschaft"**

Die heftige Diskussion über die Einführung einer mehrfachen Staatsbürgerschaft für einbürgerungswillige Ausländer in Deutschland zeigt, wie stark hiermit der Nerv der deutschen Bevölkerung getroffen worden ist. Bislang gilt in Deutschland das Prinzip einer einzigen Staatsangehörigkeit, die über die Eltern an die Kinder weitergegeben wird. Mit der Staatsangehörigkeit gehen Loyalität und Pflichtbewußtsein zum eigenen Staat einher. Es ist schließlich nicht unmoralisch, wenn eine große und bedeutende Partei in Deutschland über den richtigen Weg zur Integration unserer ausländischen Mitbürger nachdenkt und diskutiert.

Die Öffnung der Grenzen innerhalb der Europäischen Union, die weitgehende Gleichstellung von 380 Millionen europäischen Bürgern aus 15 Staaten mit elf unterschiedlichen Sprachen gilt als erfolgreich und ist weitgehend von der Bevölkerung akzeptiert. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß diese 380 Millionen Menschen aus dem gleichen religiösen und kulturellen westeuropäischen Raum stammen. Und es darf ebensowenig übersehen werden, daß zudem diese Internationalisierung und Globalisierung Menschen Angst macht, indem das Gefühl vermittelt wird, es gibt keine Heimat und keine Zusammengehörigkeit mehr. Die offene Welt, ein großer Vorteil für wirtschaftliches Handeln, ist für viele Menschen zu schnell gekommen und sie sind nicht oder schlecht darauf vorbereitet. Die Akzeptanz der offenen Welt in der eigenen Nachbarschaft ist gering. Angst vor Überfremdung ist kein neues Phänomen.

Zunehmend erleben wir fundamentalistische Gewalt mit kulturellen und religiösen Rechtfertigungsversuchen. Wir müssen verhindern, daß sich diese zu weltbeherrschenden Konflikten entwickeln. Der klassische Islam des 9. bis 13. Jahrhunderts war ungleich toleranter, aufgeklärter und humaner als die christliche Gesellschaft der gleichen Zeit. In sozialer Hinsicht ist der Islam seit je egalitärer gewesen als manche andere Kulturkreise. Aber in letzter Zeit gebärdet er sich fundamentalistisch, intolerant und militant. Im Nahmen Allahs, des Propheten werden politische und militärische Macht angestrebt, Kriege geführt und Konflikte provoziert. Dieser fundamentalistische Islam hat sich ausgerechnet das weltoffene, tolerante, technologieorientierte und christliche Westeuropa als Zielgebiet seiner Expansion ausgesucht. Ausgerechnet europäische Werte sind die, die dieser Islam bekämpft. Die Rechte der Frau, die Technologisierung unserer Welt, Gesetze der Toleranz und Akzeptanz, auch anderer Religionen, werden von den fundamentalistischen Moslems bekämpft. Warum ist also ausgerechnet Europa ein Zielgebiet dieser Fundamentalisten, wenn man ausgerechnet das typisch Europäische so verachtet? Da muß es doch zum Konflikt kommen.

Sicherheit war lange Zeit ein Konzept, das in der Abschottung und Wahrung der eigenen Kräfte, meist mit militärischen Mitteln, bestand. Heute müssen wir von einem völlig neuen Sicherheitsbegriff ausgehen. Es geht um die globale und langfristige Sicherung der Zukunft unserer Weltgemeinschaft. Wir sind zu einer miteinander verflochtenen Schicksalsgemeinschaft verwachsen. Wir müssen mit der Frage fertig werden, wie wir das derzeitige ungesteuerte Aufeinandertreffen außenpolitischer, innenpolitischer und individueller Interessen in globaler Verantwortung und unter Berücksichtigung und Wahrung lokaler Interessen lösen wollen. Müssen wir nicht die nationale Interessenpolitik der vergangenen Jahrhunderte durch eine globale Verantwortungspolitik ersetzen? Eine präventive Außen- und Entwicklungspolitik könnte Krisen verhindern und würde nicht mit Heilungsmaßnahmen anfangen, wenn die Probleme bereits virulent sind. Wenn wir nicht begreifen, die Risiken dort zu bekämpfen, wo sie entstehen und wo sie bestehen, kommen Risiken zu uns.

Inzwischen leben fast acht Millionen Ausländer in Deutschland, von denen die übergroße Mehrzahl integriert ist und zufrieden hier lebt. Dennoch werden einige der bei uns lebenden Ausländer doch als Fremde wahrgenommen. Fremd, weil sie sich fremd geben, fremde Gebräuche und Sitten pflegen und oft genug die deutsche Sprache nicht beherrschen. Der nicht regulierte und recht schnelle Zuzug von Ausländern nach Deutschland in den vergangenen 10 Jahren, von denen mindestens 2,5 Millionen definitiv in Deutschland bleiben werden, hat das gedeihliche Miteinander nicht erleichtert. Vielen Ausländern, die in den letzten zehn Jahren gekommen sind, ist die Integration in Deutschland nicht oder noch nicht gelungen: sie haben unsere Sprache schlecht oder mangelhaft erlernt, grenzen sich ab, auch in Wohnghettos und führen bei uns ein Leben, als wären sie in ihrer Heimat geblieben.

## Neuer Vorstand der Jungen Union gewählt

Die Junge Union Aachen hat auf der letzten Kreisversammlung am 23. Januar 1999 einen neuen Vorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder den 24-jährigen Studenten Joachim Schlüter. Sein Vorgänger Georg Milde trat nach langjähriger Mitarbeit im Vorstand nicht mehr an, da er aus beruflichen Gründen umgezogen ist.In ihrem Amt bestätigt wurden die beiden bisherigen Stellvertreter Thomas Dautzenberg und Iris Fourné. Neue Geschäftsführerin ist Sandra Schöner, für die Finanzen ist zukünftig Oliver Weißkirchen zuständig. Zum Pressesprecher wählten die Mitglieder Thomas Steins und zum Referenten für JU-Information Erik Schmidt. Beisitzer für besondere Aufgaben sind Marcel de la Haye und Dominik Förster. Auf seiner ersten Sitzung kooptierte der Vorstand Wolfgang Königs und Georg Milde.

Die Wahl bedeutet einen personellen Umbruch im Vorstand der Jungen Union : Fünf neue Gesichter werden das Vorstandsteam verstärken. Somit ist die Besetzung des Vorstands eine ausgewogene Mischung aus Erfahrung und frischem Wind.

Der neue Vorstand sieht die Schwerpunkte in den kommenden Monaten vor allem in der Unterstützung der CDU im Wahlkampf. Dabei wird es für die Junge Union darauf ankommen, die richtigen Impulse zu setzen, um junge Leute zu ihrer Stimmabgabe für die CDU zu bewegen. Weitere Aufmerksamkeit wird der Vorstand der Mitgliederwerbung widmen. Auf sachpolitischer Ebene sollen besonders die Themen Arbeit, Wirtschaft und Soziales verfolgt werden.

Thomas Martin Steins

Viele Ausländer dürften nach Deutschland gekommen sein, um hier möglichst definitiv zu bleiben, andere mögen den Aufenthalt eher vorübergehend betrachten. Wir müssen lernen, damit umzugehen. Deutschland hat eine Vergangenheit, die es gebietet, mit Themen wie Rassismus und "fremdartig sein" besonders vorsichtig umzugehen. Ich bin in einem Nachkriegsdeutschland aufgewachsen, in welchem Rassismus nicht bestand - und ich wünsche mir, daß er auch nie bestehen wird. Die freiheitliche Ordnung, der Frieden, die Toleranz und der Wohlstand hier in Deutschland mögen eine besondere Anziehungskraft genießen. Dies sind hohe Güter, die es zu bewahren gilt. Hätten wir diese nicht, wäre Deutschland für Zuwanderung vermutlich wenig attraktiv. Flüchtlingen einen sicheren Hafen und somit Rettung vor Tod und Verfolgung bieten zu können, ist eine noble Verantwortung. Wir sollten stolz sein, daß wir insbesondere im Jugoslawienkonflikt viele Hunderttausend Flüchtlinge aufnehmen konnten.

Dennoch, gerade dieses schnelle und intensive Aufeinandereinwirken verschiedenster Kulturen und Menschen birgt Gefahren. Wir dürfen die Seele der Völker, auch unseres eigenen, nicht vergessen. Wir Menschen brauchen die gelassene Verwurzelung in unsere Geschichte und unsere Kultur. Wir brauchen unsere Heimat.

Natürlich hat Europa, und auch Deutschland und auch Aachen die verschiedensten Wurzeln. Unser Bundespräsident Roman Herzog wies in seiner Ansprache am vergangenen Sonntag im Aachener Dom deutlich darauf hin. Karl der Große selbst war nicht Deutscher - wir verehren ihn. Er hat vor 1.200 Jahren Europa geeint, und damit viele Völker zusammengebracht. Aachen ist somit nach den Worten unseres Bundespräsidenten die vielleicht europäischste Stadt Deutschlands. Er sagte: „Wenn für Europa jemals so etwas wie ein Taufschein ausgestellt wurde, dann ist es vor annähernd 1.200 Jahren an dieser Stelle geschehen. Und so sieht der Bundespräsident als wichtigste europäische Mitgift die Vielseitigkeit. Miteinander leben, untereinander im Gespräch sein, voneinander lernen, in diesem Dreiklang sollen wir Europa fortentwickeln.

Um so schlimmer wäre es ,wenn ausgerechnet in dieser europäischen, grenzoffenen Stadt Aachen eine Meinungsumfrage der CDU zu Ressentiments, Rassismusvorwürfen, Ausgrenzung und Klassenkampf führen würde.

Es war darum ein Fehler, und dafür haben wir uns öffentlich entschuldigt, daß ausgerechnet wir, die Aachener CDU, Emotionen nicht unter Kontrolle hatten und uns in unserer Mitgliederzeitschrift über nicht gewaltfreie Ausschreitungen gegen uns anklagend beklagt hatten. Für diese Entgleisung bitte ich auch hier nochmals um Entschuldigung. Eine große Partei muß sachlich und emotionsfrei mit dem heute zur Diskussion stehenden Thema umgehen.

Die Aachener CDU ist stolz darauf, dieses diffizile und schwierige Thema der doppelten Staatsbürgerschaft mit viel Sachlichkeit und ohne zu provozieren getragen hat. Bis heute gibt es noch keine Unterschriftenaktionen in der Öffentlichkeit. Wir haben uns vorgenommen, erst zu informieren, bevor wir Unterschriften sammeln. Unser Ziel ist es, daß es nicht zur doppelten Staatsbürgerschaft als Regelfall kommt, sondern bei der Ausnahme, wie bisher, bleibt. Wenn ausgerechnet die Aachener CDU für ihren besonnenen Umgang mit diesem Thema von etlichen politischen und kirchlichen Organisationen kritisiert wird, und dies bedauerlicherweise auch unter Anwendung undemokratischer Mittel. Dies provoziert nur Gegenreaktionen und verhindert, daß dieses wichtige Thema seiner Wichtigkeit entsprechend behandelt werden kann.

So bedauere ich außerordentlich, daß die Kirche, vertreten durch den Diozösanrat, es abgelehnt hat, heute abend durch einen Vortrag ihren Standpunkt hier zur doppelten Staatsbürgerschaft vorzutragen.

Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat 1972 geurteilt, daß die doppelte oder mehrfache Staatsangehörigkeit als ein Übel zu betrachten sei, das sowohl im Interesse der Staaten als auch im Interesse der betroffenen Bürger vermieden und beseitigt werden sollte. Was sind also die Kriterien, die die Zugehörigkeit zu einem Staatsvolk definieren? Wer entscheidet über die Zusammensetzung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland? Ist dies tatsächlich eine Aufgabe, die allein im Parlament beschlossen werden kann,

## Traditionelles Rollmopsessen der CDA

Wie alljährlich lädt die CDA-Aachen zu ihrem traditionellen "Rollmopsessen im Rahmen ihres

**"Mitfastenzeit-Treffens"**
**am Donnerstag, den 11. März 1999**
17-19 Uhr, in das Saal-Restaurant
**Kommer, Forster Linde**

Am 13. Juni 99, also in knapp 4 Monaten, werden die Mitglieder des Europäischen Parlamentes neu gewählt. Grund genug für die CDA sich damit zu beschäftigen, was die deutschen Arbeitnehmer angesichts des Zusammenschlusses der europäischen Staaten und der zwangsläufigen Angleichung der derzeit noch unterschiedlichen Sozialgesetzgebung zu erwarten haben.

Zur Frage

**"Europa - eine Solidargemeinschaft der Zukunft ?**

will der Leiter des Sozialen Seminars im Bistum Aachen, **Herr Heiner Funken** mit dem Aachener CDU-Kandidaten für das Europaparlament, **Armin Laschet** diskutieren.

Aus organisatorischen Gründen bitte bis 5.3.99 anmelden.
☎ 0241 - 36961 oder 470710

ohne die Meinung der betroffenen Bundesbürger einzuholen? Ist es tatsächlich so, daß wir in Deutschland eine verstärkte Bereitschaft der Hinnahme der Mehrstaatlichkeit eingewanderter Wanderarbeiter, Asylbewerber und Flüchtlinge entwickelt haben?

Viele Fragen, deren Beantwortung durchaus an dem Selbstverständnis der deutschen Bevölkerung rütteln.

Selbst wenn sich eine veränderte Einschätzung der Funktion der Staatsangehörigkeit als Abgrenzungs- und Zuordnungskriterium in der internationalen Staatengemeinschaft ergeben haben sollte, so bleibt unverkennbar, daß die Bevölkerung in Europa und in Deutschland hohen Wert auf den Erhalt regionaler, kultureller und sprachlicher Eigenheit legt. Das Projekt Europa gelingt nur, wenn ein Europa der Regionen eben der Bevölkerung dieser Regionen ihre kulturelle Identität und ihr Brauchtum läßt. Sollte dies nicht wesentlicher Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses sein, ist das Projekt Europa gescheitert. Und mittendrin nun Millionen nicht europäischer

Ausländer vielfältigster Herkunft, die offensichtlich nicht bereit sind, sich vorbehaltlos zu integrieren, hiesige regionale kulturelle Eigenheiten zu den ihren zu machen und die regionale Sprache zu ihrer Muttersprache zu machen, weil sie die innere Bindung an ihren Herkunftsstaat nicht aufgeben wollen. Der Wille zur Mehrstaatlichkeit ist ein Ausdruck mangelnder Bereitschaft, sich vorbehaltlos und loyal zu einer neuen Heimat zu bekennen. Es fehlt die Bereitschaft zur Endgültigkeit einer Entscheidung für eine neue Heimat. Ein Paß dient immer noch als Rückfahrkarte in die Vergangenheit und muß als ein Zeichen mangelnder endgültiger Loyalität zur angestrebten neuen Staatsbürgerschaft gewertet werden.

Auch darf man nicht glauben, daß der Paß alleine die Integration ist. Ziel muß die Integration sein, nicht der Paß. Der Paß ist der krönende Abschluß einer geglückten Integration.

Es sollte auch jedem deutlich gemacht werden, der die Mehrstaatlichkeit anstrebt, daß die Nichtaufgabe der alten Staatsangehörigkeit auch Risiken in sich birgt. Sie birgt durchaus das Risiko in sich, in einem der Staaten denen man auch angehört, in Anspruch genommen zu werden (z.B. zu Wehrdienst, Kriegseinsatz, Steuerzahlungen u.ä.). Als Träumer muß man in der jetzigen Realität jene einstufen, die meinen mit Mehrstaatlichkeit in jedem Land der Erde leben zu können. Diese verkennen völlig die Loyalität zu einem Land, die auch dann für sie Realität wird, wenn sie selbst auf Hilfe und Unterstützung ihres Staates angewiesen wären, beispielsweise im Fall von Armut, Alter, Unterdrückung oder anderer Schutzbedürftigkeit. Die Frage der Verantwortlichkeit, Verantwortung und Solidarität darf gestellt werden.

Jeder Staatsbürger hat in seinem Land prinzipiell dar Recht auf politische Mitwirkung. Es entspricht aber nicht unseren demokratischen Grundprinzipien, daß eine erhebliche Zahl von Mitbürgern einerseits politische Mitwirkungsrechte ausübt, ohne im Rahmen einer Mehrstaatlichkeit die daraus folgenden Konsequenzen tragen zu müssen. Ebensowenig kann es unser Ziel sein, eine erhebliche Zahl von Deutschtürken oder Türkendeutschen in der Türkei zu wissen, die dort als „Deutsche" auf den dortigen politischen Prozeß maßgeblichen Einfluß nehmen, oder umgekehrt, die in Deutschland lebenden Deutsche gewordenen Deutschlandtürken zu einer politischen Macht werden, die vorrangig die Politik der Türkei in Deutschland betreibt.

Kann man tatsächlich mit mehreren Staatsangehörigkeiten, denn aus zwei könnten im Laufe eines Menschenlebens ohne weiteres fünf und mehr Staatsangehörigkeiten werden, wenn man nur alle fünf bis acht Jahre seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einen anderen Staat verlegt, mehrfache Bindungen an unterschiedliche Gemeinwesen aufbauen, pflegen und leben? Ich glaube, daß dies kaum möglich und sinnvoll ist. Wie will man mit der Mehrstaatlichkeit umgehen, wenn Eltern diese an ihre Kinder weitergeben. Sollen diese dann tatsächlich sämtliche Staatsangehörigkeiten ihrer Eltern übernehmen, plus zusätzlich gegebenenfalls noch die ihres jeweiligen Geburtslandes? Wie will man mit der Mehrstaatlichkeit umgehen, wenn beispielsweise ein bi-staatlicher Deutschtürke definitiv in die Türkei zurückkehrt. Werden dessen Kinder und Kindeskinder auf ewig Deutsche bleiben, obwohl überhaupt kein Bezug mehr zu Deutschland besteht? Oder müssen wir für diese Fälle im deutschen Gesetz eine Verlustregelung der deutschen Staatsbürgerschaft vorsehen, die es jetzt nicht gibt. Oder soll durch bilaterale Gesetze geregelt werden, daß für jeden Bürger mit Mehrstaatlichkeit jeweils die Staatlichkeit mit ihren Pflichten gilt, wo er dauerhaft lebt und arbeitet. Oder sollen wir gleich einen Weltpaß von der UNO ausstellen lassen?

Völlig unerträglich wäre der Gedanke, wenn die deutsche doppelte Staatsbürgerschaft dazu verwendet werden könnte, in Kriegsereignissen, mit denen Deutschland nichts zu tun hat, als Deutsche aktiv tätig zu werden.

Ausländische Korrespondenten, die beobachten, mit welchen Schwierigkeiten Deutschland sich dieses wichtigen Themas annimmt, begreifen nicht, warum Deutschland nicht längst zu einer Angebotspolitik für Einwanderer gefunden hat. Es stimmt, die autochthone deutsche Bevölkerung nimmt Jahr für Jahr ab. Es besteht ein jährliches Nachwuchspotential, will man die Bevölkerungszahl in Deutschland konstant halten, von 100.000 bis 250.000 Menschen. Dieses Potential wird derzeit durch unkontrollierte Einwanderung aufgefüllt.

Warum ist Deutschland nicht bereit, diese Einwanderung zu strukturieren und Einfluß darauf zu nehmen, wie die übrigen Einwanderungsländer auch. Oder haben wir noch nicht eingesehen, daß Deutschland de facto Einwanderungsland ist. Warum haben wir keine Einwanderungsgesetze, die es uns erlauben, den mengenmäßigen und qualitativen Zustrom von Zuwanderern zu beeinflussen. Kann es richtig sein, wenn heute bevorzugt Ausländer einwandern, die wir und die bei uns zumindest wirtschaftlich integrierten Ausländern über unsere Sozialsysteme bezahlen müssen, statt nur entsprechend qualifizierte Personen zur Einwanderung zuzulassen, die befähigt und gewillt sind sich

## Was bereitet die Stadtverwaltung vor ?

Was bereitet die Stadtverwaltung vor, um anläßlich des Übergangs zum Jahr 2000 in geeigneter Form in Aachen zu dokumentieren, daß die weltweit bedeutsame Stadt Karls des Großen -mit ihrem Baudenkmal Nr. 1 im Verzeichnis der UNESCO- nicht nur eine bedeutsame Vergangenheit aufweist, sondern auch durch entsprechende ideologiefreie Investitionen für die Zukunft, die Voraussetzungen schafft, daß auch im 3. Jahrtausend und in der europäischen Zukunft **"... der Gedanke, der hier und heute so glänzend formuliert worden ist,** (nicht nur bezogen auf den Dom) **weitergetragen wird"** auch Wirklichkeit werden kann?
Schon bei der Wiedervereinigung am 2. Oktober 1990 mußte die CDU einspringen, um ein würdiges Markt- und Wiedervereinigungsfest für tausende Bürger zu organisieren, weil die von Rot-Grün geführte Stadt sich außer Stande sah, "so kurzfristig etwas zu organisieren"!

Will man die Kommunalwahl im September abwarten? Das wäre sicherlich nicht im Sinne derer, die gefordert haben:

**"Wir müssen der Bedeutung der historischen Figur Karl gerecht werden werden."** ki

in unseren Wirtschaftsprozeß mehrwertschöpfend zu integrieren?

Die doppelte Staatsbürgerschaft als Regel ist ebensowenig eine Lösung wie die ungeregelte Zuwanderung. Die doppelte Staatsbürgerschaft als Mittel zur Integrationserleichterung bei hier geborenen Kindern von Eltern, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen und sich zu unserem Land bekennen, ist dagegen erstrebenswert. Aber mit der Vorgabe, daß sich die Kinder mit Erreichen der Volljährigkeit für eine Staatlichkeit entscheiden. In diesem Punkt weicht die Auffassung der Aachener CDU von der jetzigen Linie der Bundes CDU ab. Die Aachener CDU hat diesbezüglich bereits 1997 einen entsprechenden Parteitagsbeschluß herbeigeführt.

Eine beschleunigte und damit erleichterte Einbürgerung nach, wie vorgeschlagen, acht Jahren ist auch sinnvoll. Dies begrüßen wir. Außerdem passen wir uns damit unseren europäischen Nachbarländern an. Hierzu werden wir gleich noch mehr hören. Aber dies nur unter Auflagen, die ein unmißverständliches Bekenntnis zu unserem Land, unserer Kultur und unserer Sprache sind - und unter definitiver Aufgabe der vormaligen Staatsbürgerschaft. Dies wäre dann ein Zeichen gelungener und vollzogener Integration wozu man den Neubürger und Deutschland dann nur beglückwünschen könnte.

## Europa wurde in Aachen getauft!

**Max Kerner, Professor für mittelalterliche Geschichte an der RWTH brachte es auf den Punkt:** „Ich bin tief beeindruckt. Ich glaube niemals haben derart viele Eminenzen, Exzellenzen und Präsidenten Karl dem Großen in dieser Form ihre Aufwartung gemacht. Ihre Reden waren bemerkenswert. In der alltäglichen Auseinandersetzung muß nun zweierlei geleistet werden: **Wir müssen der Bedeutung der historischen Figur Karl gerecht werden.** Und wir müssen aufzeigen, welche Bedeutung diese Persönlichkeit für Europas Zukunft und Fortentwicklung noch immer hat."

Der Auftakt für die europäische Stiftung für den Erhalt des Aachener Domes war vielversprechend. Die Liste der Prominenten, die unserem wichtigsten Bauwerk ihre Referenz erwiesen, war beträchtlich: Bundespräsident Roman Herzog, Schirmherr Dr. Helmut Kohl, Julian Barrio Barrio, Bischof von Santiago de Compostela, Heinrich Mussinghoff, Bischof von Aachen, Ministerpräsident Wolfgang Clement, Rita Süßmuth, der ungarische Ministerpräsident Arpád Göncz und, und, und... .

Mit Recht wurde die Veranstaltung am 31. Januar von der Aachener Zeitung als „historisches Karlsfest" bezeichnet. Unter diesen Voraussetzungen scheinen dem Aachener Dom weitere 1000 Jahre sicher.

Aber es liegt noch viel Arbeit vor dem „Aachener Appell". Hans Stercken, unser Alt- MdB und Vorsitzender des Kuratoriums dazu:

**„Wir werden uns gemeinsam dafür einsetzen, daß der Gedanke, der hier und heute so glänzend formuliert worden ist, weitergetragen wird."**

Der Aachener Dom, nicht nur alphabetisch Baudenkmal Nr.1 im Verzeichnis der UNESCO wurde von Bundespräsident Herzog mit folgenden Worten bedacht: **„Wenn für Europa jemals so etwas wie ein Taufschein ausgestellt wurde, dann ist es vor annähernd 1200 Jahren an dieser Stelle geschehen."**

Die Europastadt Aachen ist nun aufgefordert, dafür zu sorgen, daß der Dom als Taufstelle Europas erhalten bleibt. Die CDU wird sie dabei tatkräftig unterstützen. cs

**Unterschriftenlisten liegen in den Geschäftsstellen von Partei und Fraktion aus.**
**- Bisher schon mehr als 1300 Unterschriften -**

**"Ja zu Integration - Nein zur generellen doppelten Staatsbürgerschaft"**

| Name | Anschrift | Unterschrift |
|---|---|---|
| | | |
| | | |

**Bitte an CDU-Geschäftsstelle Aachen, Martinstr. 8 - 52062 Aachen - senden**

## Zahlt die Feuerwehr ihr eigenes Löschwasser?

**Prof. Dr. Hartmann machte uns auf folgenden Artikel der Ärztezeitung vom 08.01.99 aufmerksam:**

*Die Auswirkung des neuen Vorschaltgesetzes und der Aktionstag der Kassenärzte am 18. Dezember 1998 inspirierten Dr. Clemens Göttl, Internist aus Haar, zu folgender Geschichte:*

**Es brennt.** Der Feueralarm schrillt. Der Feuerwehrmann rennt zum Sammelplatz. Der Bürgermeister, gleichzeitig Stadtkämmerer erwartet ihn schon: „Da steht euer Einsatzwagen, den Wassertank habe ich noch voll füllen lassen - das macht 50 Mark!" Der Feuerwehrler erstaunt: „Ja sollen wir vielleicht für unser Löschwasser noch zahlen?" „Ja, dieses M... schon" sagt der Bürgermeister. „Ihr habt letzte Woche bei den drei Großeinsätzen soviel Wasser verbraucht."

„Aber was können wir denn dafür, daß es dreimal brennt?" fragt der Feuerwehrmann verwundert. „Weiß ich auch nicht, aber ich muß das Wasser von der Nachbargemeinde organisieren, und das kostet eben. Außerdem hat euer Zugführer neulich beim dritten Brand noch minutenlang Wasser auf minimale Schwelherde gegeben, obwohl nichts mehr gebrannt hat. Da hättet ihr 1000 Liter sparen können!"

Der Feuerwehrmann ist erzürnt: „Das ist eben Vorschrift, daß auch Schwelbrände ganz gelöscht werden müssen. Aber egal, ich hab' jetzt keine Zeit zum Diskutieren: Es brennt, also eilt es. Gib mir schnell meine 70 Mark Prämie für diesen Akuteinsatz, dann zahle ich eben das Wasser."

Der Bürgermeister kratzt sich am Kopf: „Tja, also, das mit dem Lohn ist so eine Sache. Ihr wart letzte Woche dreimal mit voller Mannschaft unterwegs, da ist kein Geld mehr übrig geblieben. Diesmal müßt ihr schon kostenlos ausrücken."

**Da gibt es einen zweiten Brand zu löschen, denn dem Feuerwehrmann brennt jetzt sein Hut!.**

**Anmerkung:** Das **Vorschaltgesetz** fordert vereinfacht dargestellt: Auch wenn z.B. eine Grippewelle vom Arzt eine 100-Stundenwoche fordert und er entsprechend mehr Menschen helfen muß, die Kassen bezahlen nur z.B. 42 Stunden! Ist das die neue Sozialpolitik oder der erste Schritt zur Sozialisierung à la Lafontaine? "Herr Dr., ich bitte unter den ersten 42 % sein zu dürfen!(?)" (ki)